

Die goldene Rückseite verblasser Macht

Nach dem Abschied von der Politik nehmen selbst einstige Anstandswächter und Sauberfrauen immer wieder „unmoralische“ Angebote an – und werden offen oder verdeckt Lobbyisten. In Österreich ist die Szene bis heute intransparent. Dabei gibt es nachvollziehbare Gründe, warum Ex-Politiker die Seiten wechseln.

BERICHT: Katharina Mittelstaedt



Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig, Altkanzler und Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer: Lobbyingleben nach der Politik.

Der Kanzler ist heute angriffslustig. Leicht kneift er die Augen zusammen, dann holt er aus: Österreich habe „einen Aufholbedarf, was Anstand betrifft“, ruft er mit sicherer Stimme vom Pult in Richtung Publikum. Er erlebe eine „Verlotterung der Sitten“ in der Politik und ihrem Umfeld.

In einer Aussendung, wenige Minuten später, zitiert ihn seine Medienstelle mit einem Versprechen: Er wolle „die Menschen, die keine Lobby haben, in den Mittelpunkt stellen“. Am Ende seiner Rede in Obersiebenbrunn sei er dafür mit Standing Ovations bedacht worden, lautet der letzte Satz der Pressemitteilung.

Wir schreiben den 14. April 2007. Bundeskanzler ist Alfred Gusenbauer. In seiner Ansprache beim burgenländischen Landesparteitag geißelte der Chef der Sozialdemokraten die Machenschaften zwischen Lobbyisten, Beamten und Politikern bei der Eurofighter-Beschaffung. Kein Genosse, der ihm damals lauschte, hätte wohl gedacht, dass ausgerechnet der Name Gusenbauer einmal für Lobbyismus der eher anrüchigen Art stehen würde.

Roter Erklärungsbedarf

Erst vor einigen Tagen geriet der rote Altkanzler wieder in die internationalen Schlagzeilen. Er soll in den Jahren 2012 und 2013 in den USA verdeckt für den damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch lobbyiert haben – im Auftrag des früheren Trump-Wahlkampfleiters Paul Manafort. Gusenbauer dementiert. In seiner Version hat er lediglich für die Annäherung der Ukraine an Europa Stimmung gemacht. Er bestreitet gar nicht, dafür Geld bekommen zu haben – oder wie Gusenbauer es verklausuliert: Die Tätigkeit war „remunertiert“. Von wem, ist aber unklar.

Bereits zuvor hatte der Sozialdemokrat seiner Partei Erklärungsbedarf beschert: Er war Berater des kasachischen Diktators Nursultan Nasarbajew und des Glücksspielkonzerns Novomatic. Er sitzt im Aufsichtsrat eines in Rechtsstreitigkeiten verstrickten kanadischen Bergbaukonzerns und soll als „nichtgeschäftsführender“ Direktor einer im Steuerparadies Malta ansässigen Firma fungiert haben. Den mitten im heimischen Nationalratswahlkampf in Israel wegen Geldwäsche festgenommenen SPÖ-Berater Tal Silberstein hatte Gusenbauer seinem engen Vertrauten und Nachfolger Christian Kern vermittelt. Man fragt sich: Was ist aus dem Mann geworden, der im April 2007 noch schwor, dass er Österreich „zum Besseren“ verändern und für „Fairness und Chancen“ sorgen werde?

Besser verstehen lässt sich das Phänomen Gusenbauer, wenn man nach links und rechts und ins Ausland schaut. Denn da zeigt sich: Der ehemalige österreichische Kanzler und Sozialdemokrat befindet sich in großer Gesellschaft. Zahlreiche ehemalige Staatschefs und Politiker, darunter einige, die früher als Anstandswächter und Sauberfrauen, Klassenkämpfer oder Gut-

menschen galten, sind nach ihrem Ausscheiden aus der Politik plötzlich in nebulose Geschäfte verstrickt, nehmen „unmoralische Angebote“ an, und viele werden – wie Gusenbauer – offen oder verdeckt Lobbyisten.

Das jüngste österreichische Beispiel ist die ehemalige Grünen-Chefin Eva Glawischnig. Einst Kämpferin für ein sauberes Österreich, hat sie nun ebenfalls beim Glücksspielriesen Novomatic angeheuert. Die Satireplattform *Die Tagespresse* hat das dazu veranlasst, unverändert die originale Meldung über ihren Wechsel in die Privatwirtschaft online zu stellen – der Fall lässt sich offenbar nicht mehr zynisch überspitzen.

Der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, ebenfalls Sozialdemokrat, ist inzwischen Wirtschaftslobbyist, unter anderem für die Ostseepipeline Nord Stream und das russische Mineralölunternehmen Rosneft. Ex-Vizekanzler und ÖVP-Chef Michael Spindelegger wurde nach seinem politischen Ende Direktor der „Ukrainischen Modernisierungsagentur“. Großbritanniens ehemaliger Premier Tony Blair beriet unter anderem einen südkoreanischen Ölbaron, der wegen Bestechung im Gefängnis saß. José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission bis 2014, lobbyiert nun für die US-Investmentbank Goldman Sachs – und diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

„Mit ehemaligen Politikern versuchen sich Unternehmen Einfluss, Kontakte und Insiderwissen zu kaufen“, sagt der österreichische Politikwissenschaftler Hubert Sicking, Gründungsmitglied von Transparency International und Experte für politische Korruption. Er verweist auf die Palette an Politikern verschiedenster Couleurs, die Magna-Gründer Frank Stronach in seinen Konzern holte: Matthias Reichhold, Peter Westenthaler, Franz Vranitzky, Karl-Heinz Grasser. „Wie Stronachs unternehmerische Geschichte zeigte, war das nicht zu seinem Nachteil“, formuliert es Sicking vorsichtig.

Nicht „per se anrühlich“

Lobbying – also das Vertreten bestimmter Interessen vor Entscheidungsträgern – sei jedoch nicht „per se anrühlich“ und kein grundsätzlich schmutziges Geschäft, erläutert der Politologe. „Es muss einfach öffentlich sein, wer wessen Interessen vertritt.“ Und das sei in Österreich nicht wirklich der Fall.

Mit Beginn des Jahres 2013 trat erstmals ein Lobbying- und Interessenvertretungsgesetz in Kraft, das unter anderem die Einführung eines Lobbyingregisters vorsieht. Für jedermann einsehbar ist seither eine Liste mit Firmen und dazugehörigen Namen von Personen, die für diese lobbyieren.

Vollständig sei das Verzeichnis jedoch bei weitem nicht, erklärt Sicking. Das zeige sich beispielsweise daran, dass Alfred Gusenbauer nicht eingetragen ist: „Es verwundert doch etwas, denn somit dürfte er in den vergange-

Fotos: Plankenauer, APA/Pfarrhofer, APA/Punz, AFP, Hendrich, AP, Imago, iStock